Demografischer Wandel

Sieben Schritte zu einer lebenswerteren Gesellschaft

Spiegel online – Politik. Juli 2012

Ein Gastbeitrag von Jürgen Rüttgers

"Aktive Alte": Eine Seniorin hilft einer Grundschülerin bei den Hausaufgaben

Der demografische Wandel verändert unser Leben stärker als Energiewende, Globalisierung oder die digitale Revolution. Nur wenn die Politik sich dieser Herausforderung stellt, können wir weiter in Freiheit und Wohlstand leben. Ein Sieben-Punkte-Plan.

In 25 Jahren lebt in Deutschland womöglich die älteste Bevölkerung der Welt. Schon heute werden Schulen und Kindergärten geschlossen. Lehrstellen können nicht besetzt werden. Facharbeiter fehlen. Dörfer verlieren immer mehr Einwohner. Manche fürchten einen Krieg der Generationen. Der demografische Wandel wird unser Leben mehr verändern als die Energiewende, die Globalisierung oder die digitale Revolution. Die Fakten sind seit langem bekannt. Geschehen ist wenig. Selbst bei längerem Nachdenken fällt den meisten Deutschen nur die Rente mit 67 und die Pflegeversicherung ein.

Deutschland muss sich entscheiden, ob es die Veränderungen erdulden oder gestalten will. Wenn nichts geschieht, werden viele Pflegebedürftige nur eine Versorgung auf niedrigstem Niveau erhalten. Viele Menschen, die keine durchgehende Erwerbsbiografie haben, werden im Alter arm sein. Das muss aber nicht sein. Unsere Gesellschaft wird zwar älter, kleiner und bunter. Zugleich haben wir die Chance, weiter in Wohlstand und Freiheit zu leben, wenn wir uns endlich der Herausforderung stellen. Das erfordert von uns allen eine große Anpassungsleistung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Kraft aufbringen, diese Aufgabe in den nächsten 20 Jahren zu lösen.

Im Vordergrund werden dabei sieben Punkte stehen:

- 1. Deutschland braucht einen **neuen Generationenvertrag**. Heute bezahlt die arbeitende Bevölkerung die Renten. Der neue Generationenvertrag muss aber auch die Kinder mit umfassen, die später die Rente bezahlen sollen. Wenn unsere Kinder nur noch die Renten und

Schulden der heutigen Erwachsenengeneration bezahlen sollen, ohne selbst die Chance auf ein besseres Leben zu haben, werden sie sich verweigern. Die Proteste der gut ausgebildeten Jugendlichen in Spanien, Portugal und anderswo sollten eine Warnung sein.

- 2. Deutschland braucht deshalb eine **bessere Bildungs- und Erziehungsfinanzierung**. Die öffentlichen Haushalte stellen heute für kinder- und familienpolitische Belange des Staates dreistellige Millionenbeträge zur Verfügung, ohne dass dadurch eine familien- und bildungsfreundliche Gesellschaft entsteht. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenkasse sowie sonstige kinderbezogene Zuschüsse, Förderungen und Steuerleistungen - das Sammelsurium der vielen familienpolitischen Leistungen muss neu geordnet, umgeschichtet und in einem Erziehungs- und Bildungsgeld gebündelt werden.
  Die Mittel sollten zudem für die Finanzierung der Kinderbetreuung (bedarfsgerechter Kita-Ausbau, mehr Ganztagsschulen, mehr Tagesmütter, mehr Betreuungsangebote in Familienzentren), der Schulkosten, der individuellen Betreuung in den Schulen, der Studiengebühren, der Kosten für Lehre und Meisterausbildung sowie der Kosten kultureller, sportlicher und ähnlicher Angebote zusammengefasst werden.

- 3. In Deutschland droht eine Altersarmut. Dies gilt besonders für Frauen. Schon jetzt liegt die durchschnittliche Witwenrente bei 563 Euro (West) bzw. 590 Euro (Ost). Der Anteil der über 65-Jährigen, die auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sind, wird sich vervielfachen. Fast vier Millionen Menschen, die derzeit einer Vollbeschäftigung nachgehen, droht ein Absturz in die Altersarmut, obwohl sie 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben. Gleiches gilt für junge Menschen, die trotz guter Ausbildung und Studienabschlüssen heute als Praktikanten ausgenutzt werden. Ebenso gilt dies für Langzeitarbeitslose, Langzeitstudierende, Mini- und Midi-Jobber, für 400.000 kleine Selbständige sowie die nicht berufstätigen Mütter und Väter.
  Da der Mindestlohn das Problem nicht löst, brauchen wir eine **Mindestrente**. Denn: Wer ein Arbeitsleben lang Beiträge in die Rentenversicherung zahlt, muss im Alter eine höhere Rente haben, als derjenige, der nie oder nur sporadisch gearbeitet hat. Deshalb sollte das System der Mindestentgeltpunkte wieder eingeführt werden.

- 4. Jedermann muss die Möglichkeit haben, zusätzlich zur solidarischen Rente **privat vorzusorgen**. Neben der vorgesehenen Einbeziehung von kleinen Selbständigen muss der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge vorangetrieben werden. Die Arbeitslosenversicherung muss für Arbeitslose die vollen Rentenbeiträge zahlen. Wer unverschuldet arbeitslos ist, sollte nicht mit Altersarmut bestraft werden.
  Auch müssen die Renten - über die Berücksichtigung der Kindererziehungszeit hinaus - an die Kinderzahl gekoppelt werden - entweder bei der Höhe der Rente oder der Beiträge. Mit der unverzichtbaren solidarischen Rente allein können die wenigsten ihren Lebensstandard im Alter sichern. Der Staat muss den Menschen so viel von ihrem Einkommen lassen, dass sie mehr fürs Alter zurücklegen können. Besonders Facharbeiter mit Kindern und der kleine Mittelstand sind hier in großen Schwierigkeiten.

- 5. Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenbezug müssen flexibler gestaltet werden. Die Mehrheit der Menschen möchte gerne länger arbeiten. Wir sollten es ihnen nicht verbieten. Deshalb sollte das **Renteneintrittsalter abgeschafft** werden. Wer früher oder später in Rente gehen will, sollte dies freiwillig können. Nicht jeder muss dann Vollzeit arbeiten. Auch die Möglichkeiten, neben der Rente oder Pension etwas hinzuzuverdienen, eine Teilrente zu beziehen beziehungsweise Rentenanwartschaften beim Wechsel der Arbeitsstelle mitzunehmen, müssen verbessert werden. Der Vorschlag der Bundesregierung für eine Kombi-Rente ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber zu mutlos. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber sowie Gesamtmetallpräsident Martin Kannegiesser haben den Vorschlag, das Renteneintrittsalter abzuschaffen, begrüßt. Deshalb sollte die Bundesregierung eine entsprechende Initiative vorlegen.

- 6. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser möglich zu machen, müssen die **Betreuungsangebote für Kinder** ausgebaut werden. Da immer mehr junge Frauen ihre Kinder ohne den Vater aufziehen, müssen besondere Angebote für die ersten Lebensjahre geschaffen werden. Die Erziehungstätigkeit in der Familie muss mit der beruflichen Tätigkeit gleichgesetzt werden. Die alleinige Gewährung von Steuerbegünstigungen für außerfamiliäre Erziehung verstößt gegen die Grundsätze der staatlichen Neutralität und der Wahlfreiheit der Eltern.

- 7. Fälle von **Altersdiskriminierung** müssen deutlich stärker kenntlich gemacht und bekämpft werden. Das betrifft sowohl Jung als auch Alt. Altersdiskriminierung gehört in Deutschland zu den häufigsten Diskriminierungsgründen. Die Verweigerung einer Kreditkarte oder des Abschlusses von Kreditverträgen oder Krankenversicherungen, vertragliche Entgeltregelungen mit Altersabstufungen oder altersabhängige Urlaubsregelungen sind häufige Beispiele.

  Ähnliches gibt es bei der Diskriminierung von Familien mit Kindern. Alte Menschen zu schnell zu entmündigen, ist nicht akzeptabel. Ein handfester Skandal ist die Diskriminierung älterer Bewerber bei den Stellenbesetzungen in deutschen Unternehmen. Eine ältere Gesellschaft wird nicht auf die Erfahrung der älteren Menschen verzichten können.

Der Umbau unserer Gesellschaft zu einer Gesellschaft des Miteinanders von Jung und Alt ist überfällig und dringend. Wir brauchen die "aktiven Alten". Noch lassen sie es sich gefallen, als diejenigen dargestellt zu werden, die es eigentlich nicht gibt, die zwischen Jung und Alt. Sie haben eigene Vorstellungen von ihrem vierten Lebensabschnitt. Sie wollen nicht immer jung bleiben, aber sich auch nicht zur Ruhe setzen. Sie sind zwar nicht mehr so fit wie früher, aber vital. Sie wollen, dass ihr Leben einen Sinn hat. Sie sind bereit zu arbeiten, wenn sie gebraucht werden, und zu helfen, wenn Mann, Frau oder Kind in Not ist. Sie sind wissbegierig und lernfähig. Die ganze Gesellschaft braucht diese "aktiven Alten".

Es wird Zeit, sich um eine neue Generation zu kümmern. Wo sind in den Parteien, der Kirche, der Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Sozialsystemen et cetera die Türen zum Einsteigen? Eine lebenswerte Gesellschaft wird den demografischen Wandel nutzen, um alte Tugenden der Gemeinsamkeit und des Miteinanders neu zu beleben. Wir sollten diese Chance nutzen.

ALLE THEMENSEITEN

ZUM AUTOR

Jürgen Rüttgers war von 1994 bis 1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und von 2005 bis 2010 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Er lehrt heute Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und arbeitet als Rechtsanwalt.